

rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



gegründet 1861

Freitag, 14. März 1986

Blatt 622

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Wiener Landtag
(rosa) Wiener Gemeinderat
 Ehrung für Schulwart und Professoren

Wirtschaft: Wiener Hafen auf Erfolgskurs
(blau)

Nur

über FS: 13.3. Brand in einer Lackiererei
 14.3. Behinderungen durch Stadtkreuzweg

Wiener Hafen auf Erfolgskurs

2 =Wien, 14.3. (RK-WIRTSCHAFT) Eine erfreuliche Leistungsbilanz des Wiener Hafens: Von 1982 bis 1985 stieg der Eigenumschlag von 307.000 auf 756.000 Tonnen an. Im gleichen Zeitraum wurden Investitionen in einer Größenordnung von mehr als 100 Millionen Schilling vorgenommen. 1985 waren die Lager zu nahezu 90 Prozent ausgelastet. Im vergangenen Jahr wurden mehr als 31.000 Container umgeschlagen, fast 40 Prozent mehr als im Jahr 1983. 160 Mitarbeiter erwirtschafteten 1985 Einnahmen von 211 Millionen Schilling. Das gaben die beiden Geschäftsführer des Wiener Hafens, Kommerzialrat Sigmund KRÄMER und Diplomkaufmann Hans CELAR, Donnerstag abend bei einer Pressekonferenz der Wiener Holding bekannt.++++

Als wichtige Zukunftsprojekte wurden genannt:

- Etwa 400 bis 500 private Motorboote sollen in einem neuen Wiener "Freizeithafen" vor Anker gehen.
- Seit der Eröffnung des Schwarzmeerkanals finden Gespräche mit rumänischen Stellen statt, um eine engere Zusammenarbeit zu erreichen. So könnte zum Beispiel wechselseitig Lagerkapazität zur Verfügung gestellt werden. Eine Kooperation mit den Rumänen wäre auch deshalb interessant, weil dieses Land eine langjährige Erfahrung mit dem Frachtverkehr nach China hat.
- Schon jetzt werden Verhandlungen mit ausländischen Reedereien und Speditionen geführt, um für die Zeit nach Eröffnung des Rhein-Main-Donau-Kanals gerüstet zu sein.

Über den Autoterminal des Wiener Hafens werden pro Jahr mehr als 15.000 fabriksneue Autos an die Händler Ostösterreichs ausgeliefert. Der Autoterminal verfügt derzeit über rund 60.000 Quadratmeter befestigte Abstellflächen. (Schluß) sc/gg

NNNN

Ehrung für Schulwart und Professoren

4 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Im Zusammenhang mit der erfolgreichen Bekämpfung des Brandes in der AHS 12 in der Singrienergasse 31-33 wurden Freitag der Schulwart Bruno KOGELMANN und die Professoren Norbert SCHRANK und Karl RICHTER vom amtsführenden Präsidenten des Stadtschulrates für Wien, Professor Hans MATZENAUER, für ihr tapferes und vorbildliches Verhalten mit Anerkennungsdekreten und Prämien ausgezeichnet. Der Schulwart hatte den verhältnismäßig großen Brand im zweiten Stock des Schulgebäudes Donnerstag früh als erster entdeckt. Gemeinsam mit den beiden Professoren und mittels elf Feuerlöschern gelang es, das Feuer bis zum Eintreffen der Feuerwehr schon weitgehend unter Kontrolle zu bringen. (Schluß) roh/rr

NNNN

Wiener Landtag (1)

Utl.: Gedenken an Abgeordneten Rosenberger

3 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Unter dem Vorsitz seines ersten Präsidenten Günther SALLABERGER trat der Wiener Landtag Freitag um 9 Uhr zu einer Geschäftssitzung zusammen, die mit einer Gedenkminute für den Anfang März verstorbenen Landtagsabgeordneten Franz ROSENBERGER (SPö) eingeleitet wurde. Präsident Sallaberger verwies darauf, daß der engagierte Kommunalpolitiker mitten aus seinem Schaffen herausgerissen wurde. Rosenberger war unter anderem auch Vorsitzender des Bautenausschusses.

Zwtl.: Josef Veleta neuer Bundesrat

Der frühere Wiener Stadtrat Josef VELETA (SPö) wurde auf Vorschlag der sozialistischen Fraktion des Wiener Landtages einstimmig zu einem Vertreter Wiens im Bundesrat gewählt. Er übernimmt die Funktion, die bisher Johann SCHMÖLZ (SPö) ausgeübt hat.

Zwtl.: Novelle zum Baumschutzgesetz

Stadtrat Helmut BRAUN (SPö) stellte den Antrag auf eine Novellierung des Wiener Baumschutzgesetzes, die eine Erhöhung des Strafrahmens vorsieht.

Der FPö-Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ bedauerte, daß die beantragte Novelle lediglich die Strafbestimmungen verändere. Er urgierte weitreichende Baum- und Waldschutzmaßnahmen und verwies auf den FPö-Vorschlag, den Wienerwald zum Bannwald zu erklären.

LABg. Univ.-Prof. Dr. WELAN (öVP) betonte, daß das Baumschutzgesetz auch eine politische Symbolfunktion habe. Abgesehen von der heutigen Novelle gehe es künftig darum, die gesetzlichen Bestimmungen umfassend zu novellieren und Bedenken gegen Teile des Gesetzes auszuräumen. Bei den Ersatzpflanzungen müsse man vom Prinzip der Quantität zur Qualität kommen und auch eine Standortgerechtigkeit erreichen. (Forts.) fk/gg

Wiener Landtag (2)

Utl.: Novelle zum Baumschutzgesetz

5 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Das vom Wiener Landtag 1974 beschlossene Wiener Baumschutzgesetz war richtungsweisend und seiner Zeit voraus, erklärte LAbg. VEJTISEK (SPÖ). Damals wurde die Umweltschutzproblematik nur von einer kleinen Gruppe erkannt, heute ist der Umweltschutz hingegen ein Anliegen großer Bevölkerungsgruppen. Durch die Novelle zum Wiener Baumschutzgesetz soll jedoch noch mehr Aufmerksamkeit auf den Umweltschutz gelenkt werden. So seien auch die Straferhöhungen als Signal in diese Richtung zu verstehen, erklärte der Abgeordnete.

LAbg. Ing. KREINER (ÖVP) räumte ein, daß mit dieser Novelle den mechanischen Baumschäden wirkungsvoller begegnet wird. Die chemischen Umweltschäden könnten jedoch nur durch eine Senkung der Luftverschmutzung bekämpft werden. Kreiner forderte deshalb eine mindestens 10prozentige Preisreduzierung bei den umweltfreundlicheren leitungsgebundenen Energien Gas, Strom und Fernwärme. Kreiner sprach sich weiters gegen die von Umweltschutzminister Franz KREUZER zur Diskussion gestellte Umweltsteuer aus.

LAbg. Dr. HAWLIK (ÖVP) erklärte, daß dem Baumschutzgesetz vor allem eine symbolische und erzieherische Funktion zukomme. Es sei bedauerlich, daß im Bereich des Umweltschutzes mit Strafen gearbeitet werden müsse. Die Bäume in der Stadt werden durch Streusalz, Grundwasserabsenkung, Verbetonierung und sauren Regen und Abholzen massiv bedroht. Wesentliche Aufgabe der Politik müsse es sein, den ungeheueren Wert von Grün der Bevölkerung nahezubringen und die stumme Natur gegen andere Interessen zu schützen. Hawlik verwies auf die Grüninitiativen der ÖVP in den vergangenen Jahren.
(Forts.) lei/rr

Wiener Landtag (3)

Utl.: Novelle zum Baumschutzgesetz

6 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die Diskussion zur Novelle des Wiener Baumschutzgesetzes habe gezeigt, daß sich die Fraktionen in allen grundsätzlichen Fragen einig seien, stellt Umweltstadtrat BRAUN (SPö) fest. Dies sei sehr erfreulich und begrüßenswert, weil dadurch künftig für einen noch wesentlich weitergehenden Baumschutz eine gute Grundlage gegeben sei. In den letzten Jahren seien unter anderem die Schließung des Wald- und Wiesengürtels fortgeschritten und der Laaer Wald und die Donauinsel zu einem grünen Erholungsbereich geworden.

Zur rigorosen Ablehnung einer Umweltschutzsteuer durch die öVP erklärte Braun, daß es wenigstens möglich sein müsse, solche Überlegungen zu diskutieren.

Von der Rathausmehrheit seien große Anstrengungen im Bereich der Grünpolitik und des Umweltschutzes unternommen worden, wie etwa die Senkung der Umweltbelastung durch Schwefeldioxid zeigt, sagte Braun. Es sei zu hoffen, daß durch eine nächste, wesentlich umfassendere Baumschutznovelle die Lebensbedingungen in Wien weiter verbessert und gesichert werden können, schloß Braun.

ABSTIMMUNG: Die Novelle zum Baumschutzgesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig angenommen. (Forts.) lei/bs

Wiener Landtag (4)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPö

7 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Eine DRINGLICHE ANFRAGE der SPö über die Einhaltung des Unvereinbarkeitsgesetzes begründete Landtagsabgeordneter EDLINGER. Das Unvereinbarkeitsgesetz habe den Sinn, die Trennung zwischen Politik und Wirtschaft sicherzustellen, um zu verhindern, daß private wirtschaftliche Tätigkeiten eines Abgeordneten oder eines Mitgliedes der Wiener Landesregierung seine politische Funktion beeinflussen.

In seiner Wortmeldung sagte Edlinger, der Fall "Bundesländer-Versicherung" sei zu einem Fall "öVP" geworden. Die Verflechtungen zwischen der Bundesländer-Versicherung und der öVP seien eindeutig. Im Zusammenhang mit dem Verhalten des ehemaligen öVP-Stadtrates Fürst, stellte er die Frage, was das für eine Moral sei, wenn man für vorgetäuschte Konsulententätigkeit fast eine halbe Million Schilling kassiere, Schadensmeldungen unterzeichne und dann meint, durch tätige Reue alles bereinigt zu haben. Man habe es bei den "Bundesländern" mit einem Korruptionsskandal zu tun, der sich im wirtschaftlichen Herzen jener Partei abspiele, die in den vergangenen Jahren hinter allem und jedem einen Skandal sehen wollte. Auch der Verdacht der Parteienfinanzierung stehe weiterhin im Raum. Abschließend meinte Edlinger, mit "Bauern-" oder "Fürstenopfern" allein werde darüber keine Klarheit zu erzielen sein. (Forts.)

Wiener Landtag (5)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPÖ

8 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Landtagsabgeordneter

Dr. Ferdinand MAIER (ÖVP) erklärte, daß, im Gegensatz zum Vorwurf der Vertuschung, die Bundesländer-Versicherung schnell reagiert habe, und zwar in Form einer Innenrevision, der Schadenserhebung, der fristlosen Entlassung des Generaldirektors und der Information der Staatsanwaltschaft. Die Methoden von Ruso seien bis dato noch ungeklärt. Auch den Aufsichtsräten seien keine Vorwürfe zu machen, da diese den Angaben ihres Generaldirektors glauben sollten.

STR. a.D. FÜRST habe von Ruso die Zusage für eine Pressereferententätigkeit bei der Bundesländer-Versicherung gehabt, er habe aber sofort nach Bekanntwerden der Machenschaften Rusos die Konsequenzen gezogen, seine Funktion zurückgelegt und die Honorare zurückerstattet.

Die ÖVP habe von der Bundesländer-Versicherung keinen Groschen erhalten, betonte Maier. (Forts.) du/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPÖ

9 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Es liege nun an der ÖVP, erklärte

Labg. Dr. HIRNSCHALL (FPÖ), nicht nur immer über die verlorengegangene Glaubwürdigkeit in der Politik zu klagen, sondern endlich einen Beitrag zu ihrer Wiedererringung zu leisten. Er könne die Ankündigung des zurückgetretenen ÖVP-Stadtrates FÜRST, der Wiener Kommunalpolitik als Parteichef von Floridsdorf erhalten zu bleiben, nur als "gefährliche Drohung" qualifizieren.

Wien sei zwar das einzige an der Bundesländerversicherung nicht finanziell beteiligte Bundesland, habe aber als einziges Bundesland die Beteiligung eines Regierungsmitgliedes an diesem Skandal zur Kenntnis nehmen müssen. Er könne nicht glauben, daß die Wiener ÖVP nichts von der Beratertätigkeit Fürsts bei der Versicherung gewußt habe, und es werfe ein bezeichnendes Licht auf diese Tätigkeit, daß Fürst für die Honorarzahungen, die er erhalten habe, Schadensformulare ausgefüllt habe. (Forts.) jel/bs

Wiener Landtag (7)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPö

10 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Labg. Dr. HÄUPL (SPö) betonte, ein Skandal wie die Malversationen bei der Bundesländer-Versicherung sei ein schwerer Schlag für die politische Kultur des Landes. Zahlreiche Fragen seien noch offen. Hohe Beträge sind auf Nummernkonten verschwunden, und der Verdacht der Parteienfinanzierung sei nicht widerlegt, sagte Häupl.

Er wolle die Vorkommnisse nicht verniedlichen, meinte Labg. Ing. WORM (öVP). Es sei ein verwerflicher krimineller Akt und der Umstand, daß die verbrecherische Zentralfigur - Ruso - Mitglied der öVP war, verstärke seine Empörung. StR. Fürst habe aber Verantwortungsbewußtsein gezeigt, er habe sein Amt zurückgelegt, und er sei auch finanziell ins Bodenlose gesunken.

Ing. Worm verwies darauf, daß im Nahbereich der SPö zahlreiche Skandale - von Sekanina bis Androsch - noch offen seien. (Forts.)
fk/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPö

11 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Von beiden Rednern der öVP sei im Zusammenhang mit dem Rücktritt des ehemaligen Stadtrates FÜRST wegen der Annahme von Geldern für niemals geleistete Konsulententätigkeit nur die Methode der Reinwaschung angewendet worden, erklärte Labg. Mag. ZIMA (SPö). Thema der dringlichen Anfrage sei ein Monsterverbrechen, in das auch Fürst verwickelt sei. Zima stellte fest, daß dadurch das Ansehen der Stadt Wien sowie das aller Politiker schwer geschädigt wurde.

Zima forderte die öVP auf, ihre Parteifinzen offen zu legen und klarzustellen, ob in ihre Kassen Versicherungsgelder geflossen sind oder nicht. (Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (9)

Utl.: Dringliche Anfrage der SPö

12 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPö) unterstrich in der Beantwortung der DRINGLICHEN ANFRAGE, daß das Unvereinbarkeitsgesetz eine Trennung zwischen Politik und Wirtschaft sicherstellen soll. Es sei der Unterschied zwischen demokratischen und totalitären Staaten, daß in der Demokratie Unzulänglichkeiten aufgedeckt und zur Diskussion gestellt werden. Mayr stellte weiters fest, ein Reinigungsprozeß müsse in einer solchen Art und Form durchgeführt werden, daß man nachher wieder eine gemeinsame Linie finden könne. Es dürfe nie in Frage gestellt werden, was wir gemeinsam aufgebaut und hergestellthaben, und selbst die härteste politische Auseinandersetzung sei nur dann sinnvoll, wenn über allen ein gemeinsames Bekenntnis zur Stadt - ebenso zu Wien - steht.

Im übrigen stellte MAYR klar, daß StR. a.D. Fürst beim Unvereinbarkeitsausschuß niemals um eine freiberufliche Tätigkeit als Konsulent für die Bundesländer-Versicherung angesucht hat. Wien habe keine Vertreter in die Organe der Bundesländer-Versicherung entsandt, da es an dieser Versicherung nicht beteiligt ist. (Forts.) ull/bs

NNNN

Wiener Landtag (10)

Utl.: Dringliche Anfrage der öVP

13 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die öVP stellte eine DRINGLICHE ANFRAGE über Umweltschutz und Umweltschutzpolitik: Die Haltung des Landes Wien zur Umweltsteuer soll klargestellt werden. Außerdem behandelt die dringliche Anfrage die von der öVP geforderte Senkung der Tarife der öffentlichen Verkehrsmittel sowie der Strom-, Gas- und Fernwärmetarife.

In seiner Begründung der dringlichen Anfrage stellte LAbg. Dr. HAWLIK (öVP) fest, daß die Steuern in Österreich ohnehin hoch genug seien, und daß durch eine neue Umweltsteuer nur eine zusätzliche Belastung geschaffen würde.

LAbg. Dr. REGLER (öVP) stellte fest, daß die jeweiligen Steuererhöhungen, die eigentlich für den Umweltschutz gedacht waren, immer nur dem Stopfen der Budgetlöcher gedient hätte. Durch eine neue Steuer würde die inflationäre Entwicklung gefördert werden. Eine Tarifsenkung bei den öffentlichen Verkehrsmitteln könnte der "versteckten Armut" entgegenwirken. (Forts.) du/gg

Wiener Landtag (11)

Utl.: Dringliche Anfrage der öVP

14 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die Wiener FPö, erklärte LAbg. Dr. PAWKOWICZ (FPö), stimme der klaren Absage Handelsminister Stegers an die Idee, zum jetzigen Zeitpunkt eine neue Umweltsteuer einzuführen, vollinhaltlich zu. Die Einführung einer neuen Umweltsteuer würde der Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Wirtschaft schaden. (Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Landtag (12)

Utl.: Dringliche Anfrage der ÖVP

15 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) LAbg. HENGFELMÜLLER (SPÖ) sagte, man werde doch über die Idee einer Umweltsteuer noch reden können. Die SPÖ nehme Umweltfragen sehr ernst, und es zeige sich auch, daß der öffentliche Verkehr in den letzten Jahren deutlich an Attraktivität gewonnen habe. Tarifsenkungen, wie sie die Opposition ohne Maß und Ziel fordere, seien einfach nicht möglich. Als positiv wertete der Redner, daß die Wiener Stadtwerke die Erhöhung des Verbundpreises nicht an die Kunden weiterleite. (Forts.) fk/rr

Wiener Landtag (13)

Utl.: Dringliche Anfrage der ÖVP

16 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Ing. KREINER (ÖVP) kritisierte, daß dem Gemeinderat nur mangelhafte Unterlagen über die Wiener Stadtwerke zur Verfügung gestellt werden. Es wäre die Pflicht von Stadtrat HATZL, zum Wohle der Stadt und deren Bürger Tarifsenkungen bei Strom, Gas, Fernwärme und bei den öffentlichen Verkehrsmitteln vorzunehmen. Dies sei auch deshalb notwendig, weil viele Menschen dieser Stadt an der Armutsgrenze leben. (Forts.) lei/gg

Wiener Landtag (14)

Utl.: Dringliche Anfrage der ÖVP

17 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) In Beantwortung der DRINGLICHEN ANFRAGE stellte Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) fest, daß es zur Frage "Umweltsteuer auf Benzin" eine klare und einhellige Meinung gebe. Demnach bekenne er sich zwar prinzipiell zum Verursacherprinzip im Energie- und Umweltbereich, die Fragen der Wirtschaftsbelebung und der Arbeitsplatzsicherung hätten jedoch Vorrang.

Wie Mayr ausführte, hat es im Jahre 1984 bei den Wiener Verkehrsbetrieben um 13 Millionen mehr Fahrgäste als 1983 gegeben, sogar um 120 Millionen mehr als 1980. 1985 ist eine Steigerung um weitere 23 Millionen Fahrgäste registriert worden. Dieses "Umsteigen" ist nicht zuletzt auf Grund verbesserter Serviceleistungen möglich geworden, die mit hohen Investitionskosten verbunden waren.

Zur Frage der Senkung der Tarife für Strom, Fernwärme und Gas sagte Mayr, er kenne außer der öffentlichen Hand keinen Betrieb, bei dem die jüngsten Preissenkungen sofort an die Konsumenten weitergegeben worden sind. Für die Zukunft kündigte er an, daß auch weiterhin allfällige Kostenersparnisse unter Aufrechterhaltung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit weitergegeben werden.

Die Sitzung des Landtages endete um ca. 14.15 Uhr. (Schluß)
ull/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

18 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Nach der Sitzung des Landtages begann die Sitzung des Gemeinderates mit einer Fragestunde. Auf die ERSTE ANFRAGE von GR Ing. WORM (öVP) über den jüngsten Stand der Kosten für die Gesamtertüchtigung von EBS und HKA nannte Vizebürgermeister MAYR die Summe von 475 Millionen Schilling.

Auf die ZWEITE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), über die Einnahmeausfälle der Stadt Wien im Falle einer Verlegung der Dienststellen der Niederösterreichischen Landesregierung in das Bundesland Niederösterreich, stellte Vizebürgermeister MAYR fest, daß mit Einnahmeausfällen nur zu rechnen sei, wenn Personen aus Wien wegziehen - dann allerdings müßte man mit Millionenbeträgen rechnen. Mayr wies erneut darauf hin, daß die Niederösterreicher bei der Diskussion um die Landeshauptstadt äußerst schlecht informiert worden seien. (Forts.) du/bs

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

19 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von GR. WIMMER (SPö) erklärte Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), derzeit gebe es rund dreihundert neue Dialysepatienten österreichweit pro Jahr, davon entfallen rund 60 auf Wien. Die durchschnittliche Wartezeit auf eine Nierentransplantation betrage derzeit in Wien 552 Tage. 1984 seien im Transplantationszentrum Wien 114 Nierentransplantationen durchgeführt worden, 1985 waren es 85.

Die VIERTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Man registriere einen steigenden Bedarf an Wohnplätzen für Behinderte, beantwortete Gesundheitsstadtrat STACHER die FÜNFTE ANFRAGE von GR. BRIX (SPö). Aufgrund einer Untersuchung könne man den Bedarf auf rund 1.000 Wohnplätze in den nächsten zehn Jahren einschätzen.

Dementsprechend habe man ein Programm erarbeitet, das in den Jahren 1987-1989 die Schaffung von 300 Wohnplätzen in den folgenden Jahren von 700 Wohnplätzen durch die Stadt Wien möglich mache.

(Forts.) jel/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

20 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. Dr. HAWLIK (öVP), wo der Filterkuchen aus der MVA-Flötzersteig deponiert werde, stellte StR. HATZL fest, diese Frage sei an jene Gesellschaft zu richten, die die Entsorgung durchführt. Im Vertrag mit der Gesellschaft sei kein Ort fixiert worden.

GR. CZERNY (öVP) wollte in der SIEBENTEN ANFRAGE die Ergebnisse einer Untersuchung über die Lärmentwicklung der Straßenbahnlinie 49 in der Westbahnstraße erfahren. StR. HATZL stellte fest, daß die Lärmbelastung im wesentlichen durch den allgemeinen Verkehr entsteht. Allerdings seien auch Erschütterungen beim Vorbeifahren der Straßenbahn spürbar. Den sogenannten Körperschallübertragungen sei jedoch nur sehr schwer beizukommen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. BUCHELT (SPö) betonte StR. Hatzl, daß der erhöhte Verbundstrompreis an die Kunden der Wiener E-Werke nicht weitergegeben werde.

Die NEUNTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. Ing. PAWKOVICZ (FPö) stellte StR. BRAUN fest, daß derzeit ein Altlastenkataster erstellt werde. In Zusammenarbeit mit der Bevölkerung wurden bereits 157 Altdeponien gefunden und erfaßt. Es werden nun Grundwassersonden geschlagen, die als Grundlage für die Sanierung der Altdeponien dienen. In den Kataster sollen auch die Standorte von Problembetrieben aus dem vorigen Jahrhundert aufgenommen werden. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Ütl.: Fragestunde

21 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Die ELFTE ANFRAGE von GR. Elisabeth DITTRICH (SPÖ) betraf die Vorbereitungen von Pflegeeltern auf ihre verantwortungsvolle Aufgabe. Familienstadtrat SMEJKAL (SPÖ) führte aus, daß Sozialarbeiter in vorbereitenden Gesprächen mit den künftigen Pflegeeltern Aufgaben und Vorstellungen klären. Außerdem besteht die Möglichkeit, in Pflegeelternrunden Erfahrungen auszutauschen. Seit Herbst 1985 werden weiters an drei Wiener Volkshochschulen spezielle Kurse angeboten. Für Familien, die behinderte oder verhaltensgestörte Kinder zur Pflege übernehmen, gibt es seit 1984 ebenfalls spezielle Kurse.

In der ZWÖLFTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Ing. HUBER (SPÖ), an welchen Pflichtschulen derzeit EDV-Ausbildung angeboten wird. StR. SMEJKAL erklärte, daß heuer im Rahmen eines Schulversuches an 13 polytechnischen Lehrgängen sowie an 22 Hauptschulen EDV-Unterricht angeboten werde. Für die notwendige Ausrüstung wurden zwei Millionen Schilling ausgegeben. Im kommenden Schuljahr werden weitere zwölf Schulen EDV-Ausbildung anbieten. (Forts.) lei/rr

Wiener Gemeinderat (5)

Ütl.: Fragestunde

27 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Auf die 13. ANFRAGE von GR. Maria PAUL (SPÖ) über das Hilfsangebot für Familien in Krisensituationen, erklärte Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL, es gebe neben den bereits als Servicestellen anerkannten Jugendämtern eine ganze Reihe von ambulanten Hilfen für Familien in denen akute Probleme zu bewältigen sind. Neben Instituten für Erziehungshilfe, sozial- und familientherapeutischen sowie kinder- und jugendpsychologischen Beratungsstellen stehen Telefondienste zur Verfügung. Seit Herbst 1985 gebe es in Zusammenarbeit mit dem zuständigen Bundesministerium eine spezielle Fachausbildung für Partner-, Sexual- und Familienberater. (Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Angelobung von zwei neuen Gemeinderäten

23 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Der erste Vorsitzende des Gemeinderates, Prof. Leopold GUNDACKER (SPÖ) und der zum Stadtrat nominierte Gemeinderat Univ.-Prof. Dr. WELAN (ÖVP) haben ihr Mandat zurückgelegt. An ihrer Stelle wurden die Gemeinderäte Johannes GUNDACKER (ÖVP) und Günter REITER (SPÖ) angelobt.

Zwtl.: Otto Hirsch neuer Erster Vorsitzender

GR. Otto HIRSCH (SPÖ) wurde zum neuen Ersten Vorsitzenden des Gemeinderates, GR. Gerhard LUSTIG (SPÖ) zu einem der weiteren Vorsitzenden gewählt.

Zwtl.: Dolores Bauer und Univ.-Prof. Welan neue Stadträte

Anstelle des verstorbenen StR. Jörg MAUTHE und des zurückgetretenen StR. Anton FÜRST wurden Dolores BAUER und Universitätsprofessor Dr. Manfred WELAN als neue ÖVP-Stadträte gewählt.

(Forts.) fk/gg

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Wiederherstellungsarbeiten in Stadien

24 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. BROSCHE (SPÖ) beantragte 12,1 Millionen Schilling für Wiederherstellungsarbeiten im Wiener Stadionbad, im Wiener Stadion und im Hanappi-Stadion.

Dazu stellte GR. ARTHOLD (ÖVP) fest, daß erst vor wenigen Wochen 65 Millionen für Sportanlagen der Stadthalle genehmigt worden sind, nun kämen weitere 12 Millionen dazu. Diese insgesamt 77 Millionen seien ein Drittel jenes Betrages, den die Stadt Wien für Sport auszugeben bereit ist. Besonders kritisierte Arthold, daß allein für Elektroanlagen im Wiener Stadion 22 Millionen Schilling vorgesehen sind.

GR. WIMMER (SPÖ) erinnerte daran, daß auch jene Teile des Stadions, die nicht erneuert wurden, saniert werden müssen. Er kenne im übrigen keine Halle und auch keine Sportanlagen, die von Vereinen selbständig errichtet und ausschließlich verwaltet werden.

GR. Brosch stellte abschließend fest, er empfinde ein gewisses Unbehagen über die Äußerungen von GR. ARTHOLD, die so geklungen hätten, als wäre bei den Elektroinstallationen nicht korrekt vorgegangen worden.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde einstimmig angenommen. (Forts.)

ull/bs

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Gründung der Wiener Veranstaltungsservice GesmbH.

25 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. EDER (SPö) stellte den Antrag auf Beteiligung der Stadt Wien an der gemeinsamen Gründung der "Wiener Veranstaltungsservice GesmbH" mit der Creditanstalt Bankverein, der Ersten österreichischen Sparcasse, der Kammer der gewerblichen Wirtschaft für Wien, der Wiener Holding und der Zentralsparkasse. Im Rahmen dieser Firma soll ein EDV-gesteuertes Vertriebssystem aufgebaut werden, welches ermöglicht, das Kartenangebot diverser Wiener Bühnen zu erfassen. In den beteiligten Bankinstituten könnten somit auch Kartenkäufe getätigt werden.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) begrüßte, daß das neue System zweifelsohne die Besucherzahlen in den Theatern erhöhen könne, kritisierte aber die "Kommunalisierung", die - besonders bei Aufnahme der Bundestheater - zum Ruin der privaten Kartenbüros führen könnte. Es müßten daher auch Vertreter privater Kartenbüros in die Gesellschaft aufgenommen werden.

GR. NEUMANN (ÖVP) betonte die wichtige privatwirtschaftliche Aufgabe des Kartenbüros. Die Kapazität bei den Dienstleistungen der Banken sei beschränkt, und daher könnte ein Kartenvertrieb in den Banken nur zu einem schlechteren Service führen. Allerdings dürfte man die Vorteile für die Stadtrandbewohner nicht übersehen. Die Handelskammer müßte in der zu gründenden Gesellschaft eine Kontrollfunktion einnehmen, um negative Auswirkungen auf die privaten Kartenbüros und in der Folge für den Fremdenverkehr zu vermeiden.

GR. SCHMIDTMEIER (SPö) sprach sich für die selbstverständliche Aufnahme der privaten Kartenbüros in die Gesellschaft aus, die auch bei notwendigen Investitionen auf dem EDV-Sektor gefördert werden könnte. Gegenwärtig gebe es 68 Familienbetriebe, für die somit eine Überlebenschance geschaffen werde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) du/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Zentralwäscherei

26 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. HUBER (SPö) beantragte eine Sachkrediterhöhung um 31 Millionen Schilling für den Umbau und die Umrüstung der Zentralwäscherei Steinbruchstraße.

Mit den nun zu beschließenden 31 Millionen Schilling, erklärte GR. Dr. HAWLIK (ÖVP), habe man für die seit 1969 in Betrieb stehende Zentralwäscherei insgesamt bereits 411 Millionen Schilling aufgewendet. Bei den Planungsarbeiten für die Umrüstung vor einigen Jahren hätte man bereits Umweltschutzmaßnahmen, wie die Errichtung einer Wasserrecyclinganlage, einer Zu- und Abluftanlage und die Erfüllung feuerpolizeilicher Vorschriften bedenken müssen. Nunmehr sehe man sich einer Explosion der Kosten, verglichen mit der Schätzungsgrundlage von 1983, gegenüber. Seine Fraktion lehne den Antrag ab, schloß Hawlik.

Bei der nun zu installierenden Wasserrecyclinganlage handle es sich um die erste derartige Anlage, die in Europa in Betrieb genommen werde, führte GR. KÖNIG (SPö) aus. Dieses System sei erst seit kurzer Zeit auf dem Markt und werde es im Bereich der Zentralwäscherei ermöglichen, rund zwei Drittel des Wasserbedarfs sowie eine große Menge von Heizöl einzusparen. Die Einführung dieser Anlage bewiese, daß Ökologie nicht unökonomisch sein müsse, da sich die Investition in rund vier Jahren amortisiert haben werde. Der Zentralwäscherei komme bei der Versorgung der Wiener Krankenanstalten mit Frischwäsche große Bedeutung zu.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

(Forts.) jel/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: VAMED-Vertrag

27 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. LACINA (SPö) stellte den Antrag, die technische Betriebsführung, Phase 1, im AKH und die Aufgaben des technischen Servicezentrums der VAMED zu übertragen.

GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö) betonte, es liege gar kein Vertrag vor, über den man abstimmen könne. Er verlange daher, daß der Antrag von der Tagesordnung abgesetzt werde (Dies wurde von der SPö abgelehnt.) Die begleitende Kontrolle beim AKH mit ihrem guteingepielten Prüfersteam sollte ausreichende Unterlagen erarbeiten, sagte Hirnschall.

Auch Stadtrat Maria HAMPEL-FUCHS (öVP) hob hervor, es sei aus den Unterlagen nicht zu erkennen, wie hoch künftig die Verpflichtung der Stadt Wien sei. Ein derartiger Vertrag sei daher ein schlechtes Geschäft für die Stadtverwaltung. Weiters kritisierte Hampel-Fuchs das EDV-System zur Bettenreservierung und verlangte eine zentrale Ausnüchterungsstation. Die Arbeitsbedingungen des Pflegepersonals müßten verbessert werden. (Forts.) fk/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (11)

Utl.: VAMED-Vertrag

28 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) Im Vertrag zwischen der VAMED und der ARGE-AKH wurden die Aufgaben und Termine exakt festgelegt, erklärte GR. SCHIEL (SPö). Der Bau wird im Zeitplan errichtet, die VOEST können durch ein klagloses Funktionieren der technischen Betriebsführung und des technischen Servicezentrums beweisen, daß sie im Stande sind, ein Krankenhaus dieses Ausmaßes zu errichten und zu betreuen. Vom technischen Servicezentrum werden 25 Prozent der Wartungen durchgeführt sowie Techniker und Monteure geschult und weitergebildet. Zudem wird eine begleitende Kontrolle die Arbeit der VAMED kontrollieren. Die Verrechnung der auflaufenden Kosten werde exakt nach Kostenstellen erfolgen. Die Abrechnung erfolgt monatlich nach dem tatsächlichen Aufwand.

Der heute zu beschließende Vertrag beinhaltet die technische Betriebsführung durch die VAMED bis ein Jahr nach der Inbetriebnahme des AKH, stellte Stadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER fest. Die Übernahme des technischen Servicezentrums durch die VAMED sei ebenfalls sinnvoll, weil dadurch die Wartung der medizinischen Einrichtungen gewährleistet und auch die Übersiedlung verschiedener Einrichtungen ins neue AKH gesichert werde. Das neue AKH sei ein hochtechnisierter Betrieb, für dessen Betrieb hervorragende Techniker notwendig seien.

Zum Vorwurf der ÖVP, daß das derzeitige Bettenreservierungssystem nicht funktioniere, erklärte Stacher, daß es in diesem Bereich Schwierigkeiten gibt. Es werde aber alles daran gesetzt, Lösungen zu finden.

Zum Schwesternmangel sagte der Gesundheitsstadtrat, daß heute jährlich viermal so viele Schwestern ausgebildet werden wie noch vor 10 Jahren. Durch Werbeaktionen in den Medien und durch Kontaktaufnahme mit ausgeschiedenen Schwestern werde getrachtet, den Personalmangel zu beheben. (Furts.) lei/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (12)

Utl.: VAMED-Vertrag

29 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Univ.-Prof. Dr. WAGNER (öVP) stellte fest, daß das Bettenreservierungssystem einem Debakel gleichkomme. Es gibt deshalb zuwenig Schwestern, weil die Arbeitsbedingungen nicht entsprechend sind. Zum Vertrag mit der VAMED über die technische Betriebsführung erklärte der Abgeordnete, daß die öVP immer wieder auf betriebsorganisatorische Schwachstellen im Krankenhausbereich hingewiesen habe. Vor allem beim AKH gebe es eine Reihe von Mängeln, die den Steuerzahlern noch teuer zu stehen kommen werden. Beispielsweise fehle ein adäquates Management. Weder die künftige definitive Leitung des AKH, noch Details der Betriebsführung seien bis jetzt festgelegt worden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) lei/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (13)

Utl.: Bau einer städtischen Wohnhausanlage im 19. Bezirk

30 Wien, 14.3. (RK-KOMMUNAL) GR. Rosa HEINZ (SPö) stellte den Antrag auf treuhändige Bauausführung der städtischen Wohnhausanlage 19, Weinberggasse 57-77 durch die "Sozialbau".

GR. Dr. MAIER (öVP) stellte die "Sozialbau" in den Mittelpunkt seiner Ausführungen: Auf Grund von Unregelmäßigkeiten bei der Geschäftsgebahrung sei ein Schaden von 30 Millionen Schilling entstanden. Er stellte einen Antrag auf

- 1) Sonderprüfung der Transaktionen der Sozialbau
- 2) Prüfung des Aufsichtsrates und Vorstandes
- 3) Vorlage der Ergebnisse bei der Landesregierung

GR. SALLABERGER (SPö) stellte fest, daß der ehemalige "Sozialbau"-Direktor Mag. Friedrich HOFMANN seine Funktion im Stadterneuerungsfonds zur Verfügung gestellt habe, und nicht wie Dr. MAIER gesagt hatte, fristlos entlassen worden sei. Die beiden Immobilienfirmen, die für die Sozialbau Geschäftslokale vermietet hatten, hätten zum Schutz der Genossenschaft beigetragen und ihr keinen Schaden zugefügt.

GR. HAHN (öVP) bescheinigte GR. SALLABERGER im Fall Hofmann rasches Handeln; es sei jedoch sehr wohl bei der Sozialbau im Zusammenhang mit Grundstückstransaktionen zu einer Verschleuderung von Steuergeldern gekommen.

ABSTIMMUNG: Der Antrag des Berichterstatters wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Der öVP-Resolutionsantrag wurde einstimmig dem Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung zugewiesen.

Die Sitzung des Gemeinderates endete um 19.30 Uhr.

(Schluß) du/bs

- Ende des Sitzungsberichtes -

NNNN